

DL

# CDU - Fraktion im Kreistag des Bodenseekreises

---

## CDU-Fraktion im Kreistag des Bodenseekreises

Herrn Landrat  
Lothar Wölfle  
Albrechtstraße 77  
  
88045 Friedrichshafen

## **Vorsitzender:**

Dieter Hornung  
Raderacher Straße 80  
88048 Friedrichshafen

**Telefon:** 0 75 41 / 9506 226

**Fax:** 0 75 41 / 9506 227

**Email:** dieter.hornung.proho@t-online.de

Friedrichshafen, den 25. Mai 2012

## Antrag zur Tagesordnung der nächsten Kreistagsitzung

Hier: Information über Erdgassuche im Bodenseekreis

Sehr geehrter Herr Landrat,

It. Presseberichten in den vergangenen Tagen tritt die Erdgassuche verschiedener Firmen in unserem Landkreis in eine neue Phase. Die CDU-Kreistagsfraktion beantragt, den Kreistag und die Öffentlichkeit umfassend über den Stand der Angelegenheit samt Risikoeinschätzung zu informieren und dieses Thema in die Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung aufzunehmen.

Begründung:

In den vergangenen Jahren wurden durch das zuständige Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau ohne Öffentlichkeitsbeteiligung mehrere Konzessionen zur Aufsuchung von Kohlewasserstoffen (Erdöl und Erdgas) in unserer Region erteilt. Diese bergrechtlichen Erlaubnisse teilen den Antragstellern exklusiv ein Konzessionsgebiet zu (Konkurrenzsicherung). Noch nicht damit verbunden ist die Aufsuchungstätigkeit in Form von Bohrungen.

Das Landratsamt ist in den weiteren Verfahren mit seiner Wasserbehörde beteiligt. Nach ersten Erkenntnissen handelt es sich in unserer Region um unkonventionelle Vorkommen, die durch das sogenannte „Fracking“ mobilisiert werden sollen. Durch relativ eng um das Bohrloch erzeugte künstliche Risse werden teilweise hochtoxische und damit wassergefährdende Substanzen eingebracht, die eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das Grundwasser und den Trinkwasserspeicher Bodensee darstellen können.

Wir sind in Sorge über die weitere Entwicklung und möchten, dass der Kreistag rechtzeitig (auch wenn er keine direkte Zuständigkeit besitzt) informiert und über die weiteren Schritte auf dem Laufenden gehalten wird. Eine frühzeitige und umfassende Einbeziehung der Öffentlichkeit (nicht nur im Rahmen der rechtlichen Verfahren) halten wir angesichts der Problematik ebenfalls für unverzichtbar.